



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 16.6.2017

Ort:	Kinder-Jugend-Notdienst TF, Haag 5, 14943 Luckenwalde
Zeit:	09:00-11:18 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I), Gesine Siems (R II), Heike Krautz (R III), Ines Dickhoff (R IV), Ria von Schrötter (JHA, ab 9:05), Swen Ennullat (AL JA, bis 10:45), Gerd Herpay (TV 51.2), Maren Wolter (Soz. A), Mario Höhne (OA), Raissa Erbis (GA, ab 9:08), Corinna Spikermann (StScha-BB) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Claudia Sponholz (PI Luckenwalde), Diana Zabel (Koord. FH), Marion Lindner (SGL 51.2)
Gast:	Antje Bauroth (GA, ab 9:50 Uhr)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Steuerungsgruppe

Herr Matzke begrüßte die Anwesenden. Mit 12 (ab 09:08 Uhr) von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Als Gast eingeladen ist Frau Antje Bauroth, Psychiatriekoordinatorin und Gesundheitsplanerin des Gesundheitsamtes Teltow-Fläming.

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 9.12.2016 und 10.3.2017

Zu 3. Vom 9.12.2016

Rückfrage zu aktuellem Stand Frühe Hilfen, bezüglich des Vorschlages der Familienhebamme, Kathrin Petrischek, im Rahmen der AG Frühe Hilfen und Pädiatrische Versorgung landesweite Vorgaben für die Lebensverhältnisse von Kindern im Übergangswohnheim zu erarbeiten. Die Rücksprache mit dem AK Frühe Hilfe sollte erfolgen.

Info Diana Zabel: Der AK Frühe Hilfen ist mit dem Thema befasst und will der o.g. AG zuarbeiten. Dies dauert an, Frau Zabel gibt im Rahmen des nächsten Treffens der Steuerungsgruppe aktuelle Informationen. Die Info wird auf das nächste Treffen verschoben, da Frau Zabel für 16.6.2017 sich entschuldigen musste.

Zu 4. vom 9.12.2016

webbasierter Dolmetscherdienst

Info von Gerd Herpay, dass die Abklärung mit der Datenschutzbehörde und der ADV noch ansteht, da wir bisher nicht über sichere Verbindungen verfügen und Standards nicht geklärt sind.

Technische Abklärung steht weiterhin aus.

Frank Matzke wird beim Treffen der SG Kinderschutz, im Dezember erneut nachfragen.

Zu 5. vom 10.3.2017

Fragebogen zu Gemeinschaftsunterkünften (GU)

Herr Herpay teilt mit, dass er mit Frau Becker-Heinrich und Herrn Kohl am Vortag die Auswertung der Fragebögen besprochen haben. Herr Kohl hatte die Auswertung durchgeführt und als Gesamtergebnis vorgestellt. 11 von 12 GU hatten sich daran beteiligt. Nachträglich hat er auch vom letzten Träger noch die Antworten erhalten, diese sind jedoch in der vorliegenden Auswertung noch nicht enthalten.

Besonderes Augenmerk wurde auf die Verneinungen der Antworten gelegt. Aus der Gesamtauswertung war jedoch nicht ersichtlich, ob dies überwiegend von einem Träger / einer Einrichtung kam, oder wechselnde Angaben sind. Zudem gab es keine Aussage, ob dies bedeutet, dass die erfragten Themen in der Einrichtung nicht relevant und deshalb nicht Beachtung finden, oder zwar relevant, aber nicht vorhanden /

umgesetzt sind. Herr Kohl wollte sich die einzelnen Fragebögen daraufhin nochmal konkreter anschauen und ggf. mit den zuständigen Trägerverantwortlichen ins Gespräch gehen.

Bsp. Schutzkonzepte: hier sind eher die Schutzkonzepte zu Notfall-, oder Brandschutz vorhanden, aber noch nicht zu Gewaltschutz an Frauen und Kinderschutz. Herr Kohl hatte dazu mitgeteilt, dass er in einer landkreisübergreifenden AG zur Vorbereitung der Schutzkonzepte für Frauen und Kinder eingebunden ist. Ziel ist die Mustererarbeitung, die allen Trägern / Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden soll, damit diese sie entsprechend individualisieren können. Bis Ende 2017 soll dies erfolgt sein.

Bsp. Schutzräume für Frauen und / oder Kinder: zu klären ist, was darunter verstanden wird, ob ggf. zeitweise bestimmte Räume ausschließlich für die Zielgruppen zur Verfügung stehen, oder andauernd jeweils eigene Räumlichkeiten vorgehalten werden, ...

Generell wird der Fragebogen als Instrument zur Gesprächsgrundlage für die Heimleiterberatungen gesehen. Herr Herpay wird am nächsten Treffen teilnehmen und insbesondere die gewünschte Verbesserung der Zusammenarbeit

Schulversäumnisanzeigen

Frau Spikermann teilte mit, dass sie mit den anderen, für TF-zuständigen Schulräten (Frau Ernst, Herr Kürschner) die Weiterleitung der Schulversäumnisanzeigen an den Amtsleiter des Jugendamtes besprochen habe. Die Durchstellung zur Weiterleitung der Schulversäumnisanzeigen an die Schulleitungen ist ebenfalls erfolgt.

Herr Herpay berichtete, dass er am Vortag eine Mitteilung KWG mit Schulversäumnis von mehr als einem halben Jahr erhalten habe. Hier wird von Seiten des JA 51.2 frühzeitigere Mitteilung gewünscht. Frau Spikermann bittet in diesen Fällen um individuelle Info, damit sie entsprechend reagieren kann.

Vereinbarungen nach § 8a und § 72a SGB VIII

Frau Becker-Heinrich informierte, dass inzwischen der noch offene freie Jugendhilfeträger die Vereinbarung abgeschlossen hat. Die Kündigungen der alten Vereinbarungen durch das Jugendamt ergaben, dass inzwischen zwei kirchliche Träger die Vereinbarungen neu abgeschlossen haben. Die Kirchengemeinde Groß Machnow ist somit der einzige nach ausstehende Träger mit fehlender Vereinbarung. Es gibt zwar eine benannte Bereitschaft zum Abschluss, doch leider bisher noch immer keine Umsetzung.

3. Vorstellung des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND)

Frank Matzke teilte mit, dass am 30.7.2017 der KJND sein einjähriges Bestehen, nach 4 Jahren Verhandlungs- und Bauzeit hatte. Die Präsentation zum KJND ist dem Protokoll angefügt.

Als Nachtrag erwünscht ist eine Zahlenangabe, wie viele Kinder / Jugendliche in diesem Zeitraum in Folge eines eingegangenen Notrufes Inobhut genommen werden mussten.

Feststellung, dass die Inobhutnahme (ION) auch bei geeigneten Personen durchgeführt werden, nicht immer die Aufnahme im KJND erfolgt.

Häufige Gründe für die ION sind Vernachlässigung, Gewalt, massive Erziehungsschwächen.

Ein neues Angebot des KJND ist eine Begegnungsgruppe für Bezugspersonen (z. B. Eltern, Großeltern) der Kinder / Jugendlichen.

Absprache: Die Präsentation soll auch im Jugendhilfeausschuss (JHA) vorgestellt werden. V.: Hr. Matzke

Ergänzende Info zur Thematik Kriseneinrichtungen

Gerd Herpay teilte mit, dass seit 1.6.2017 in Dabendorf eine Kinderkriseneinrichtung des Trägers SHBB, Soziale Hilfen in Berlin / Brandenburg / KJSH e. V. für 8 Kinder bis zu 8 Jahren eröffnet wurde. Dort gibt es auch einen Mutter / Vater-Kind Krisenplatz.

Absprache: Diese Einrichtung soll sich im JHA vorstellen, V.: Hr. Ennullat

4. Wahl des Sprechers / der Sprecherin und Stellvertretung der Steuerungsgruppe Kinderschutz TF

Wahlleitung: Ria v. Schrötter

Wahl Sprecher der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS), offen mit Handzeichen (einstimmige Zustimmung)

Vorschlag: Frank Matzke

Wahldurchführung: Zustimmung mit Handzeichen – einstimmige Zustimmung

Wahl Stellvertretung des Sprechers der SG KS, offen mit Handzeichen (einstimmige Zustimmung)

Wahldurchführung: Zustimmung mit Handzeichen – einstimmige Zustimmung

Annahme der Wahl: Frank Matzke und Heike Becker-Heinrich bestätigen die Annahme der Wahl für zwei Jahre.

Entlastung Wahlvorstand und Dank für Durchführung.

Ergänzende Infos zum Thema Wahlen

Heike Becker-Heinrich teilte mit, dass im Frühjahr 2017 die Stellvertreter der RI, Frau Bührendt und Fr. Giese für weitere zwei Jahre bestätigt wurden.

In der R II wurden Frau Siems als Sprecherin und Frau Mücke als Vertretung ebenfalls für zwei Jahre bestätigt.

In der R III sind im Herbst 2018 die nächsten Wahlen.

In der R IV erfolgte im Frühjahr die Bestätigung der Stellvertretung, Frau Dommann, für 2 Jahre. Wegen deren Ausscheiden aus der Tätigkeit im Landkreis ist eine erneute Wahl der Stellvertretung im Herbst 2017 nötig.

5. Situation der medizinischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in TF

Ausgehend von TO 3 Armut und Kinderschutz, hatte sich die SG KS am 10.3.2017 bereits kurz mit der Thematik befasst und vereinbart, das Thema in allen Regionen des Netzwerkes Kinderschutz im Rahmen der Regionalkonferenzen zu beraten, um die Thematik mit umfanglicheren Informationen an den JHA weiterzugeben, mit der Intention, dass sich dieser mit der Versorgungssituation befasst.

Rückmeldungen aus den Regionen:

RI

Melanie Giese teilte mit, dass Sie und andere Fachkräfte der Jugendhilfe häufig vor dem Problem der fehlenden medizinischen Versorgung für Kinder und Jugendliche stehen. Inzwischen gäbe es Absprachen mit dem Ludwigsfelder Krankenhaus, dass auch dort nach individueller Absprache die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche durchgeführt werden. Zunehmend berichten Familien von Ablehnung der niedergelassenen Kinderärzte bezüglich Neukundenanfragen.

Sabine Decker teilte mit, dass auch dem Gesundheitsamt die Problematik bekannt sei, dass Fachärzte in der Region fehlen, wie auch Psychotherapeuten. Aus Sicht der KVBB besteht jedoch kein Handlungsbedarf, da mehrere Landkreise in zusammengefasst werden und dieses große Gebiet damit insgesamt die erforderliche Anzahl an Fachärzten aufweist.

Sie verwies nochmals auf die Nachbesetzung der Arztstelle im Kinderjugendgesundheitsdienst (KJGD) am Standort Ludwigsfelde.

Der KJGD führt im konkret abgestimmten individuellen einzelnen Bedarfsfall die Vorsorgeuntersuchungen durch. Im Normalfall sind die niedergelassenen Kinderärzte primäre Ansprechpartner.

In der **R II** gibt es zu wenige Kinderärzte, so dass Familien mit Neugeborenen tw. zu den Vorsorgeuntersuchungen und im Bedarfsfall bis nach Potsdam oder Berlin fahren müssen, wie auch in angrenzende Regionen und Landkreise. Beobachtet wird die sich zuspitzende Situation der fehlenden Kinderärzte, damit einher gehender Erschwernis der Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen, herausfordernde Mobilität, weite Entfernung wie auch Aufnahmestopp einiger Praxen.

Bezüglich der Therapeuten teilte Fr. Meier von der Grundschule Baruth mit, dass sowohl Ergotherapeuten als auch Logopäden an der Schule die Verordnungen durchführen. Voraussetzung ist die Verordnung mit dem Vermerk Hausbesuch. Die ist für die gesamte Familie entlastend und wird bei der Unterrichtsplanung berücksichtigt.

Frau Mahr ergänzte, dass diese Kooperation auch an weiteren Schulen im Landkreis besteht.

Frau Rußmeyer berichtete von Therapeutenmangel in der Region, weshalb Kinder der Schule teilweise in Berlin ihre Therapien wahrnehmen.

Auch die Netzwerkpartner in der **R III** haben die Erfahrung gemacht, dass die Kinderärzte in Trebbin, Luckenwalde und Jüterbog keine Neuaufnahmen leisten können. Die notwendigen Vorsorgeuntersuchungen können damit ebenfalls nicht mehr umfanglich von den niedergelassenen Kinderärzten durchgeführt werden. Wartezeiten im Erkrankungsfall liegen zum Teil bei mehr als zwei Stunden, eine hohe Belastung für Kinder und Eltern. Für Kinder- und Jugendlichentherapeuten besteht ebenfalls massiver Bedarf, der durch die niedergelassenen Fachkräfte nicht abgedeckt werden kann.

Weder innerhalb des Landkreises, noch über Landkreisgrenzen hinaus gibt es alternative Angebote.

R IV: Herr Lehmann teilte mit, dass sich die Therapeuten Kießling / Flor aus Treuenbrietzen in der Wiesenschule vorgestellt haben und freie Kapazitäten benannten.

Frau Laskowski berichtete, dass die Praxis Hensel in Rosenthal einen Personalrückgang habe und zugleich die örtliche Erreichbarkeit für die Familien sehr schwierig sei.

Herr Lanzky verweist inzwischen auf eine Therapeutenpraxis in Lübbenau, da dort noch Aufnahmen auch über die Kreisgrenze hinweg erfolgen. Bei besonderen Bedarfen sieht er im Landkreis keine angemessenen Angebote. Auch eine Kinderarztpraxis in Treuenbrietzen nehme noch Kinder aus TF auf. Frau Dickhoff berichtet von Eltern, die von manchen Kinderärzten keine Verordnung zur Frühförderung erhalten, obwohl es Bedarf gibt. Da das Gesundheitsamt keine Verordnungen ausstellen kann, unterbleibt für diese Kinder die notwendige Förderung.

Insgesamt wird die Versorgungssituation für Kinderärzte und Therapeuten in der Region als schlecht eingestuft. Es erfolgt der Hinweis auf fehlendes SPZ im Landkreis, so dass die Eltern gezwungen sind bis nach Potsdam oder Berlin zu fahren.

Regionen übergreifend gibt es Elterninfos, dass benötigte Verordnungen für z. B. Logopädie, Physiotherapie und Ergotherapie nicht ausreichen ausgestellt würden. Die Beschwerden stammten insbesondere aus der Region Jüterbog.

Für TF insgesamt gilt, dass es keine Tageskliniken und kein SPZ gibt und dass die beiden Kinderstationen in den hiesigen Kliniken keinen kindertherapeutischen Bereich beinhalten.

Die dafür zuständige Klinik ist in der Stadt Brandenburg, Hinweis auf weiter Wege, Erschwernis der Erreichbarkeit für Eltern...

Ergänzende Infos aus dem KJGD, Fr. Erbis

Fr. Erbis teilt mit, dass bei den letzten Schuleingangsuntersuchungen (SEU) insgesamt eine steigende Zahl der Rückstellungsempfehlungen erfolgte. Der Kreisdurchschnitt liegt bei 14 %.

R I: 14%, R II: 11%, R III: 20 %, R IV: 14 % (Achtung: Die Regionen des Gesundheitsamtes sind nicht ganz identisch mit den Regionen der Jugendhilfe).

Zur Situation in R III, insbesondere in Luckenwalde, wies Heike Krautz auf die sozialen Brennpunkte hin. Trotz hier gut durchgeführter / angenommener Frühförderungen, besteht noch erheblicher Förderungsbedarf und gute medizinische Versorgung. Die Eltern stehen teilweise vor dem Problem, Druck von Kita / Jugendhilfe / Schule zu erhalten, aber mangels Angebote oder Verordnungen, nicht die nötige Förderung für ihr Kind zu erhalten.

Sowohl Verordnungen als auch Fachkräfte fehlen (Bsp. Logotherapie)

Frau Erbis teilte ergänzend mit, dass für die SEU keine Dolmetscher zur Verfügung stehen, was die Untersuchung und Diagnostik zusätzlich erschwert.

Info Schulamt

Frau Spikermann weist darauf hin, dass zur Einschulung fehlende Deutschkenntnisse allein kein Rückstellungsgrund darstellt.

Zur Schuleingangsprüfung sind meist Übersetzer, mitunter auch Geschwisterkinder zur Übersetzung anwesend.

Kurze Diskussion zum Einsatz von Geschwistern als Dolmetscher (kann ggf. bereits für diese eine Gefährdung des eigenen Wohls darstellen. (Mangels Zeit wurde das Thema nicht vertieft)

Insbesondere aus Ludwigsfelde hat sie Elterninfos, dass es nicht genügend Therapeuten zum Thema Teilleistungsstörungen gibt.

Infos Frühförderung

Insbesondere in Jüterbog, stellt der Kinderarzt häufig keine Verordnungen zur Ergotherapie oder Logopädie aus. Er rät den Eltern von Frühförderung ab, obwohl die Kinder Bedarf an therapeutischen und / oder Frühförderleistungen haben. Wiederholt gab es verzweifelte Eltern, die trotz Empfehlung von Jugendhilfe, Schulamt, Gesundheitsamt oder im Rahmen der Frühförderung den Bedarf für ihre Kinder diagnostiziert bekamen und vom Arzt keine Verordnung erhielten. Die Eltern haben somit keine Chance, der Aufforderung nachzukommen.

Die Flüchtlingskinder sind bisher nicht in der Frühförderung angekommen.

Problem Dolmetscher

Anregung von Ria von Schrötter, dass die Kreisverwaltung Dolmetscher in Festeinstellung nehmen sollte, da dies günstiger sei, als die Anhäufung von Einzelstunden.

Absprache: Sie soll das Thema über die politische Ebene einbringen, V.: R. v. Schrötter

Hinweis von Gerd Herpay, dass webbasierte Dolmetscherdienste eine gute Alternative sein könnten, wenn sie im Landkreis zugelassen würden. Hier stehen noch immer datenschutzrechtliche und technische Prüfungen aus.

Informationen von Antje Bauroth, Gesundheitsplanung und Psychiatriekoordination

Sie gibt eine Übersicht von psychiatrischen und psychotherapeutischen Angeboten im Landkreis und angrenzend für Kinder und Erwachsene. Ergänzend teilt Fr. Bauroth mit, dass Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) dazu führten, dass diese mitteilt, dass in der Region

kein Bedarf an Kinderärzten und Therapeuten bestehe, da es eine Bedarfsdeckung von 140 % gebe. 6,62 Stellenanteile seien in TF auf ca. 14 Mediziner verteilt, das entspricht einem Schnitt von 1 Arzt pro 4000 Kinder. Somit gibt es eine Sperre in TF für Neuzulassungen

Zugleich gibt es in Dahme im Umkreis von 20 Km keinen Kinderarzt, in Zossen gibt es einen Kinderarzt.

Frau Bauroth erläutert, dass von Ärzten ein Antrag auf Sonderbedarf gestellt werden kann.

Auch der Landkreis könne einen Antrag stellen, doch dazu müsste der Antrag mit Zahlen belegt werden. Bisher liegen keine diesbezüglichen Zahlen vor.

Die KVBB prüft den Antrag, gibt eine Stellungnahme ab. Entschieden wird von einem Steuerungsgremium, das sich aus Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zusammensetzt.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendmediziner (BKVJ) hat nach ihrer Info eine Überlastung beklagt und sieht die aktuelle Bedarfsplanung der KV als überholt an.

Bezüglich der Tageskliniken für Kinder ist eine Verteilungsproblematik zu erkennen, da im Ballungsgebiet ausreichend Kapazitäten vorhanden seien, jedoch kein Angebot im gesamten Landkreis. Die nächsten Tageskliniken sind in Potsdam und Königs Wusterhausen.

Im Jahr 2015 wurden 162 Kinder bzw. Jugendliche aus dem Landkreis Teltow-Fläming mit unterschiedlicher psychiatrischer Symptomatik in den zuständigen psychiatrischen Kliniken¹, Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie behandelt. Dabei ist zu beachten, dass Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis Teltow-Fläming, die in anderen Kliniken behandelt wurden, hier nicht mit erfasst sind.

Weitere Hinweise aus der Steuerungsgruppe

Die Klinik Brandenburg an der Havel hat aktuell nur 80 % des notwendigen Personals (Info S. Ennullat)

Prüfung, ob in den beiden Krankenhäusern der Region, Betten für die Kinder- und Jugendpsychiatrische /- psychosomatische Versorgung zur Verfügung gestellt werden können (Anregung R. v. Schrötter)

SPZ Versorgung ist unzureichend, die Erstellung der Befunde und Weitergabe erfolgt häufig mit massiver zeitlicher Verzögerung nach Diagnostik. Zeiten von bis zu 6 Monaten werden festgestellt (Info I. Dickhoff)

Nachtrag von Ines Dickhoff: Anmeldungen zur SPZ Diagnostik liegen auf Warteliste beim SPZ. Die Situation war zeitweise schon mal besser, hat sich inzwischen für die Familien wieder verschlechtert. Dies ist insbesondere im Übergang zur Schule ein wesentliches Problem, wenn es darum geht, eine adäquate Schulform für das Kind zu finden.

Auch die Versorgung von Eltern mit psychischen Erkrankungen erfolgt häufig nicht wohnortnah.

Empfehlung:

Die Steuerungsgruppe Kinderschutz Teltow-Fläming empfiehlt eine Überprüfung der medizinischen und psychiatrischen / psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche im Landkreis zu initiieren sowie eine Sonderbedarfsprüfung durch die KVBB zu beantragen. Die Einbringung der Thematik wird über den Jugendhilfeausschuss an den Kreistag des Landkreises empfohlen.

Begründung:

Die Steuerungsgruppe Kinderschutz stellt fest, dass sowohl professionelle Partner und Partnerinnen des Netzwerkes Kinderschutz, wie auch betroffene Eltern die Situation der Versorgung als unzureichend ansehen. Wiederholt fanden Eltern keine Möglichkeit der Durchführungen der Vorsorgeuntersuchungen, oder erst mit langen Wegstrecken oder Ausnahmeregelungen durch Krankenhaus und Gesundheitsamt.

Notwendige Verordnungen zur frühzeitigen Prävention weiterer Entwicklungsverzögerungen werden nicht erstellt.

Fehlende Versorgung durch ein SPZ oder eine Tagesklinik im Landkreis, was für die Eltern erhebliche Hürden der Erreichbarkeit, sowie lange Warte- und Wegezeiten bedeutet. Die Gutachten werden mit erheblicher Verzögerung erstellt, somit ist ein frühzeitiges Agieren nicht möglich.

Neu zugezogene Familien (aus anderen Landkreisen / Bundesländern / Ländern) stehen vor dem Problem, keine Aufnahme bei niedergelassenen Kinderärzten / Kinderärztinnen zu finden.

Die Empfehlung erfolgt einstimmig (11 Mitglieder zum Zeitpunkt der Abstimmung).

¹ Die zuständigen bzw. regional günstig liegenden Kliniken mit Abteilungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie sind das Asklepios Fachklinikum Brandenburg, das Asklepios Fachklinikum Lübben und das Ernst von Bergmann Klinikum Potsdam. Vom Ernst von Bergmann Klinikum wurden keine Daten erhoben.

Fachtag Gesundheit (aktualisierte Information von Frau Bauroth)

Frau Bauroth teilte mit, dass im nächsten Jahr ein landkreisweiter Fachtag zum Thema Kindergesundheit geplant werden soll. Dazu ist das Gesundheitsamt im Gespräch mit „Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.“, die Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung in Berlin und Brandenburg. Bei der Planung sollen alle zuständigen Verantwortlichen mit eingebunden werden. Aus dem Gesundheitsamt sind bisher Amtsleiter Lehmann, Gesundheitsplanerin Sabine Decker und sie selbst beteiligt. Weitere Infos liegen noch nicht vor. Das Gesundheitsamt wird auf die einzelnen Ämter zu gehen mit der Bitte um Themenwünsche bzw. Mithilfe bei der fachlichen Gestaltung der Tagung. Aus der SG KS kam die Anregung, Dr. Schmitt vom Ludwigsfelder Krankenhaus zur Mitwirkung anzufragen.

Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut / in

Ab Oktober 2017 soll für TF eine ½ Stelle besetzt werden (Info A. Bauroth). Ausgeschriebene Stellen und weitere Informationen zur ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung sind auf der Homepage der KVBB unter dem Stichwort Arztsuche zu finden.

6. umA / migrationssensibler Kinderschutz – aktuelle Informationen der Mitglieder

Gerd Herpay, JA:

- aktuell hat sich die Anzahl der umA auf ca. 90 Personen eingependelt.
- Inzwischen erfolgen keine Zuweisungen mehr von größeren Gruppen der umA, sondern einzelne Zugänge (Januar / Februar 7 Personen, Mai 3 Personen).
- MBSJ rechnet mit durchschnittlich 3 Zuweisungen monatlich und überlegt, ggf. Schwerpunktjugendämter zu bilden, sofern die umA Zahlen weiterhin rückläufig sein werden.
- Seit 15.1.2017 ist die Clearingstelle in Ludwigsfelde aktiv
- Kurzvorstellung des Projektes mit SFBB und (Stichwort Auftaktveranstaltung im April, geplante Fortbildungen, verbesserungswürdige Zusammenarbeit, Schnittstelle Schule-Beruf..)
- Hinweis auf problematische Situation für Jugendliche nach SGB VIII, ein Praktikum zu absolvieren.
- Problematik der Beschulung bei breiter Bildungsspanne vom Analphabeten bis zu umfangreicher Bildungserfahrung,
- Überlegung zu Projekt über Jugendhilfe

7. Sonstiges

10 Jahre Netzwerk Kinderschutz

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden erste Bilder der „Kinderschutzteddys“ erstellt. Diese sollen mit einem Spruch unterlegt werden. Erste Entwürfe der ADV liegen wegen deren Arbeitssituation leider noch nicht vor, sind aber zugesagt.

Leichte Sprache

Info durch Fr. Becker-Heinrich zu gut angenommener Fortbildung des Netzwerkes Kinderschutz zum Thema Leichte Sprache in Zusammenarbeit mit der VHS.

Aus der Fortbildungsgruppe erfolgte die Anregung zu wünschenswerten Flyern des JA und Netzwerkpartner auch in leichter Sprache.

Literaturhinweis: Leichte Sprache, Ein Ratgeber des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Leichte Sprache. Stand 2014, unveränderter Nachdruck 2017

Frau Becker-Heinrich hat noch einige Ratgeber zur Weitergabe an interessierte Netzwerkpartner / innen.

Infos aus dem Gesundheitsamt

Antje Bauroth wies auf den Wegweiser Gesundheit hin, der als PDF unter: <http://www.teltow-flaeming.de/de/service/migranten.php> eingestellt ist.

Das DRK hat Filme in einfacher Sprache und verschiedenen Sprachen zum Thema Gesundheit herausgegeben. www.drk-gesundheitsfilme.de

Nächste PSAG Kinder am 5.7.2017 von 14:30-16:30 Uhr im Gesundheitsamt zum Thema Schulverweigerungsprojekt

Neues Psychotherapeutengesetz, Veröffentlichung steht noch aus. Wichtig: Psychotherapeuten dürfen nach Inkrafttreten die Einweisung eines Klienten / einer Klientin nach Psychotherapeuten_Richtlinie in ein Krankenhaus veranlassen, Soziotherapie und Rehabilitation verordnen und auch Krankenhaustransporte anordnen.

Antje Bauroth wies auf den Wegweiser Gesundheit hin, der als PDF unter: <http://www.teltow-flaeming.de/de/service/hilfebeduerftige.php> eingestellt ist.

Das DRK hat Filme in einfacher Sprache und verschiedenen Sprachen zum Thema Gesundheit herausgegeben.

Nächste PSAG Kinder am 5.7.2017 von 14:30-16:30 Uhr im Gesundheitsamt zum Thema Schulverweigerungsprojekt

Neues Psychotherapeutengesetz, Veröffentlichung steht noch aus. Wichtig: Psychotherapeuten dürfen nach Inkrafttreten die Einweisung eines Klienten / einer Klientin in das Krankenhaus veranlassen.

Barrierefreie Spielplatzplanung

Ines Dickhoff teilte mit, dass beim letzten Treffen mit Eltern von Kindern mit Behinderungen der Wunsch geäußert wurde, bei Spielplatzplanungen beteiligt zu werden, um auch Angebote für Kinder mit Behinderungen zu bieten.

Heike Becker-Heinrich ergänzte, dass sie mit einer betroffenen Mutter gesprochen und die Anregung mit in den Bildungsausschuss der Gemeinde Großbeeren genommen hatte. Dort erfolgte die Absprache, dass bei Nachrüstung von Spielplätzen und bei Neubauten auch Spielgeräte für Kinder mit Behinderungen aufgestellt werden sollen.

8. September nächstes Treffen SG KS, 9:00-11:00 Uhr

- Evaluationsergebnisse aus dem Bereich Frühe Hilfen (V.: Diana Zabel)
- Eine Sprache finden am Beispiel „geistige Behinderung“ – „kognitive Beeinträchtigung“ – „Förderschwerpunkt Lernen“ (Einstieg D. Zabel)
- Beratung zum Thema Begleitete Elternschaft für die Zielgruppe der Eltern mit kognitiver Beeinträchtigung (Angebote – Ressourcen) (V: alle Mitglieder)

Nachtrag: Kinderzahlen im Landkreis mit Stand 31.12.2016

Gemeinde	0-u3	0-u6	0-u12	0-u18
Blankenfelde-Mahlow	678	1.364	3.019	4.743
Großbeeren	217	469	1.002	1.539
Ludwigsfelde	716	1.400	2.682	3.942
Region 1	1.611	3.233	6.703	10.224
Am Mellensee	149	301	634	968
Baruth/Mark	117	208	410	588
Rangsdorf	327	675	1.392	2.104
Zossen	515	997	1.976	2.954
Region 2	1.108	2.181	4.412	6.614
Luckenwalde	554	1.099	2.073	3.054
Nuthe-Urstromtal	169	335	660	979
Trebbin	283	533	1.034	1.482
Region 3	1.006	1.967	3.767	5.515
Dahme/Mark	132	248	496	772
Jüterbog	314	639	1.283	1.862
Niederer Fläming	62	142	277	409
Niedergörsdorf	134	288	673	1.012
Region 4	642	1.317	2.729	4.055
Ergebnis	4.367	8.698	17.611	26.408